

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin

Herausgeber: Verein Saiten

Band: 23 (2016)

Heft: 258

Artikel: Wer A-tomkraft sagt, muss auch B-Drohung sagen!

Autor: Meier, Esther

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-884071>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer A-tomkraft sagt, muss auch B-Drohung sagen!

Die Anti-AKW-Bewegung in der Ostschweiz.

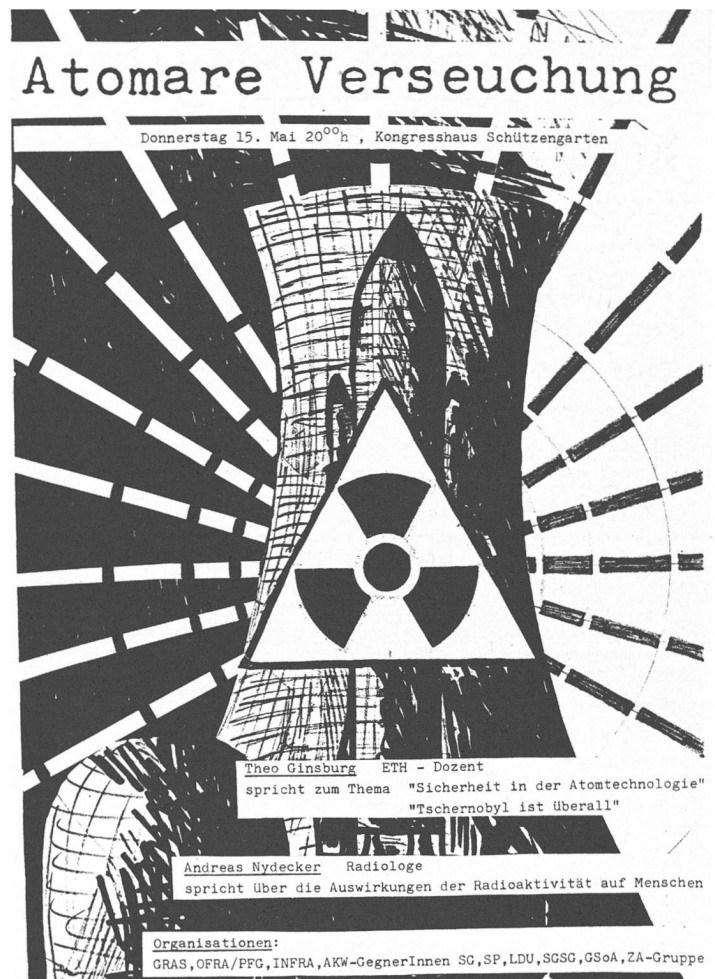
TEXT: ESTHER MEIER

Fast hätte auch der Kanton St.Gallen den «Schritt ins Atomzeitalter», so der Slogan an einer Anti-AKW-Demo 1985, getan, als die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) 1966 beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement eine Standortbewilligung für ein Kernkraftwerk (KKW) in der Rheintaler Gemeinde Rüthi beantragte. Als Prestigeprojekt des damaligen Regierungsrats und «Vaters des Autobahnbaus», Simon Frick (FDP), stand das KKW Rüthi beispielhaft für die vorherrschende Planungseuphorie der Nachkriegszeit. Von Anfang an als Projektvariante zu Beznau II ausgelegt, entschied sich die NOK im Dezember 1967 aus Kostengründen vorerst gegen den St.Galler Standort. Trotzdem blieb Rüthi als potentieller KKW-Standort im Rennen und bestimmte bis in die frühen 1990er-Jahre den Ostschweizer Kernkraftdiskurs mit.

Keine Atomwaffen für die Schweiz!

Wie in der restlichen Schweiz formierte sich auch in der Ostschweiz vor 1970 keine Opposition gegen die «friedliche» Nutzung der Kernenergie. Selbst die partielle Kernschmelze des Forschungsreaktors im waadtländischen Lucens 1969 erschütterte die mehrheitlich positive Grundhaltung der Bevölkerung zur zivilen Kernkraftnutzung kaum. Die Anti-Atomwaffen-Bewegung der 1950er- und 1960er-Jahre kann in ihrer friedlichen Protestkultur (Ostermärsche) zwar durchaus als Vorläuferin der späteren Anti-AKW-Bewegung betrachtet werden, sie argumentierte jedoch noch ganz im Rahmen des vorherrschenden Fortschrittsparadigmas und trat ausdrücklich für die zivile Verwendung der Kernenergie ein. Die Debatte im Vorfeld der Atominitiativen von 1958 und 1962 entwickelte sich deshalb noch vornehmlich entlang der Diskursfelder des Kalten Krieges, der christlich-humanitären Tradition der Schweiz sowie des Topos der «wehrhaften Schweiz» – letzteres als Synthese der Geistigen Landesverteidigung und der Techniku-

SAITEN 07/08/2016



phorie der Nachkriegszeit. Als einzige argumentative Verbindung zwischen der Anti-Atombomben- und der späteren Anti-AKW-Bewegung ist das Eintreten für das direktdemokratische Selbstbestimmungsrecht auch in Atomfragen anzuführen.

Auch die personelle Kontinuität zwischen den beiden Bewegungen war gering. Paul Steiner und Fridolin Trüb, beide sowohl bei den St.Galler Freunden der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» als auch später im Verein «AKW Rüthi Nein» beziehungsweise «AKW-GegnerInnen St.Gallen» engagiert, bestätigen als Ausnahmen die Regel.

Vorarberg wehrt sich

Im März 1972 präsentierte der Club of Rome anlässlich des St.Gallen Symposiums an der Hochschule St.Gallen (HSG) die Studie *Die Grenzen des Wachstums*, welche aus einer kritischen Haltung heraus den Umweltdiskurs der nachfolgenden Jahre entscheidend prägte.

Nur zwei Monate später ersuchte die NOK die St.Galler Regierung um Zustimmung für eine Leistungssteigerung des Reaktors in Rüthi. Zwischenzeitlich waren die Kernkraftwerke Beznau I (1969), Beznau II (1971) und Mühleberg (1972) ohne nennenswerte Proteste ans Netz gegangen.

Gegen das Projekt Rüthi regte sich ab dem Sommer 1972 erstmals organisierter Widerstand, und zwar aus dem Österreichischen Bundesland Vorarlberg. Die konservative Landesregierung und eine Reihe von Verbänden intervenierten sowohl bei der St.Galler Regierung als auch direkt beim Bundesrat. Hauptkritikpunkte waren die befürchteten Immissionen und die für den Fremdenverkehr fatale Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den vorgesehenen Kühlturm. Inzwischen hatte sich auch lokaler Widerstand formiert, beispielsweise in Form des «Aktionskomitee Gesunder Lebensraum Rheintal» oder der Resolution der Bürgerversammlung in Oberriet (1973) gegen das KKW Rüthi, das dem Um-

REPORT 43

Keine Atomwaffen für die Schweiz!

Sichert das Entscheidungsrecht des Volkes über eine atomare Aufrüstung

Beteiligt Euch am Ostermarsch

der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung am 13./14. April 1962

Anmeldungen sind zu richten an
Fredi Walder Rautihalde 33 Zürich 48 Telefon 623375
wo auch alle Auskünfte erhältlich sind.

Postcheckkonto VIII 32335

RETTET DAS RHEINTAL - AKW RÜTHI NIEMALS!

VOLKSVERSAMMLUNG in ALTSTÄTTEN

- * DIE BEDEUTUNG DER KAISERAUGSTER VOLKSBEWEGUNG MIT DIASCHAU UEBER DIE BESETZUNG DES AKW-GELANDES IN KAISERAUGST
REFERENT: Adrian Müller, Verhandlungsdelegierter der Kaiseraugster Volksbewegung mit dem Bundesrat
- * DIE BEWEGUNG GEGEN DAS AKW RÜTHI - EINE BESTANDES-AUFNAHME
REFERENT: Marco Hartmann, Initiator der Volksinitiative gegen den unverantwortlichen A00-Bau
- * WIE WEITER? - PERSPEKTIVEN UND AUFGABEN IM KAMPF GEGEN DAS AKW RÜTHI
REFERENT: Hansjörg Vetsch, Vorstandsmitglied des Vereins AKW Rüthi Nein

FREITAG 3. OKTOBER 1975 UM 20.15 UHR IM RESTAURANT LÖWEN ALTSTÄTTEN

VERANSTALTER: PROGRESSIVE ORGANISATIONEN ST. GALLEN (POGN), Postfach 143, 9004 St. Gallen

FÜR EINE STARKE VOLKSBEWEGUNG GEGEN DAS AKW RÜTHI



weltschutzgedanken widerspreche, «weil eine radioaktive Verseuchung, sei sie nun akut oder schleichend, nicht rückgängig gemacht» werden könne.

Ein weiterer, unerwarteter Rückschlag für das Projekt Rüthi folgte Mitte 1973, als die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) das KKW Rüthi aufgrund der möglichen Beeinträchtigung eines Schutzobjektes von nationaler Bedeutung (Alpsteingebiet) dem Bundesrat zur Ablehnung empfahl. Diese erstmalige Kritik der ENHK an einem KKW-Projekt widerspiegelt die veränderte Einstellung der Naturschutzorganisationen zur Kernkraft, die sich ab 1969 infolge der Gewässerschutz-Debatte abzuzeichnen begann.

Zweigleisig unterwegs

Fast zeitgleich wurden 1974 zwei kantonale Gesetzesinitiativen lanciert, die «Kantonale Initiative gegen den unverantwortlichen Atomkraftwerkbau» der Progressiven Organisationen St.Gallen (POSG) und das «Initiativbegehren für eine massvolle Energiepolitik», dessen überparteiliches Aktionskomitee sich grösstenteils aus Mitgliedern des Landesrings der Unabhängigen (LdU), «Abweichlern» der grossen Parteien sowie Vertretern von Naturschutzverbänden zusammensetzte. Beide Komitees bekannten sich in der Öffentlichkeit nicht grundsätzlich gegen den Bau von Kernkraftwerken, sondern nur, wie es die POSG formulierte, gegen «deren überstürzten und unkoordinierten Bau im jetzigen Zeitpunkt». Der Wandel vom Widerstand gegen ein spezifisches KKW, in diesem Fall Rüthi, zum öffentlichen Bekenntnis gegen die Kernenergie per se vollzog sich erst in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre.

Beide Begehren kamen nicht zur Abstimmung, da sie der Grosse Rat des Kantons St.Gallen auf Antrag der Regierung hin für rechtswidrig erklärte. Die zwei Initiativen verweisen aber bereits auf die zwei Epizentren der Ostschweizer Widerstandsbewegung gegen die Atomkraft: Aus dem Komitee der Energieinitiative formierte sich 1975 der Verein «AKW Rüthi Nein» (ARN), der durch Exponenten wie die Nationalräte Franz Jaeger (LdU) oder Hans Schmid (SP) eine stärkere parlamentarische Prägung erhielt. Der 1977 ins Leben gerufene Verein «Atomkraftwerkgegner St.Gallen» (später: «AKW-GegnerInnen St.Gallen») positionierte sich als vergleichsweise loser Zusammenschluss von Personen der Ökologie-

bewegung, dem links-feministischen Umfeld sowie ausschliesslich thematisch Aktiven. Dessen geringe organisatorische Stabilität ging einher mit einer hohen «Mobilisierungskonjunktur», welche stark von der Themenaktualität und den Kapazitäten der Mitglieder abhängig war. Gemäss den ehemaligen Aktivisten Patrick Ziltener und Thomas Schwager relativierte sich dieses Handicap jedoch durch die hohe personelle Vernetzung mit anderen Basisbewegungen wie beispielsweise dem «M[igros]-Frühling» sowie Alternativparteien wie der OFRA/PGF oder der 1983 gegründeten «Grünen Alternativen St.Gallen» (GRAS).

Der Bezugsrahmen der «AKW-GegnerInnen St.Gallen» war seit ihrer Gründung transnational ausgerichtet, denn «die Gefährdung durch Atomanlagen macht vor keiner Grenze halt. Deshalb darf man sich im Kampf dagegen nicht auf die nationalen Grenzen verlassen» (Zitat aus den Unterlagen von Patrick Ziltener). Die Teilnahme an Kundgebungen gegen die Stationierung von Atomraketen in Mutlangen (BRD), an den Protesten gegen Kaiseraugst und Gösigen oder gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (BRD) in den frühen 1980er-Jahren waren massgeblich für die Mobilisierung, Identitätsbildung und transeuropäische Vernetzung der Ökologiebewegung. Zwar unterstützte man, trotz Skepsis gegenüber den parlamentarischen Instrumenten, nationale und kantonale Anti-Atominitiativen; der Hauptfokus blieb jedoch auf ausserparlamentarische Aktionen gerichtet.

Insofern blieben die Berührungspunkte zwischen dem Verein ARN und den AKW-GegnerInnen gering, auch weil sich nicht alle ARN-Mitglieder grundsätzlich gegen die Atomenergie positionierten. «Aber man traf sich in Gösigen», wie Richard Faust, ehemaliger Präsident der AKW-GegnerInnen St.Gallen, resümiert.

Opponiert – fichiert

Sowohl die AKW-GegnerInnen als auch – in geringerem Ausmass – der Verein ARN gerieten aufgrund ihrer Aktivitäten ins Visier des Staatsschutzes, der die Aktionen fichierte.

«Der Grund für unsere Fichierung war allerdings weniger das Engagement gegen die Kernkraft als vielmehr ein von der bürgerlichen Norm abweichender Lebenswandel. Zum Beispiel das Wohnen in Kommunen oder Ostkontakte», erinnert sich Herta Lendenmann.

stieg der Schweiz. An der ersten Vollversammlung des reaktivierten Vereins «AKW-GegnerInnen St.Gallen» fanden sich am 12. Juni rund 70 Personen in der Grabenhalle ein. Der unmittelbare Mobilisierungseffekt verpuffte zwar bald, jedoch hatte die Kernenergie nachhaltig an Akzeptanz in der Bevölkerung verloren.

«Unsere (Radio-)Aktivität ist unsere Stärke»

Zusammen mit Naturschutzvereinen, Linksparteien und dem LdU lancierten die «AKW-GegnerInnen St.Gallen» im Sommer 1986 die städtische Initiative «Zukunft ohne Atomstrom», die wiederum als rechtswidrig zurückgewiesen wurde und erst nach einem Bundesgerichtsentscheid 1993 zur Abstimmung kam. Der Hauptfokus der Bewegung lag aber weiterhin in ausserparlamentarischen, friedlichen Protestformen, welche die Sensibilisierung und Informierung der Bevölkerung zum Ziel hatten.

Zu den aufsehenerregendsten zählte die nächtliche Aktion in Hemberg, dem Wohnort des atomfreundlichen Nationalrates Georg Nef (FDP). Da dieser öffentlich verkündet hatte, er wäre bereit, den angeblich ungefährlichen Atom Müll in seinem Garten zu lagern, brachten die AKW-Gegner fingierte Plakate der NAGRA an: «Ihr Nationalrat und Gemeindeamann Georg Nef hat sich freundlicherweise zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle in seinem Garten zur Verfügung gestellt.» Anfänglich anonym, bekannte man sich aufgrund der grossen Medienresonanz nachträglich zur Aktion. Im Dezember 1986 besetzten 18 St.Galler AKW-GegnerInnen, angemeldet unter dem Namen «St.Galler Energieforum», eine Nacht lang den Besucherpavillon des Kernkraftwerks Gösgen, bevor die Protestaktion am frühen Morgen von der Solothurner Polizei aufgelöst wurde.

Schluss damit!

Mit der Moratoriumsinitiative wurde 1990 erstmals eine Atominitiative an der Urne angenommen und setzte dem weiteren Bau von Kernkraftwerken in der Schweiz ein vorläufiges Ende. Im Abstimmungskampf lieferte auch das KKW Rüthi zum letzten Mal die lokale Bedrohungskulisse, obwohl die Projektierungsarbeiten bereits 1980, im Vorfeld der damaligen Regierungswahlen, eingestellt worden waren. Da die gleichzeitig vorgelegte Ausstiegsinitiative keine Mehrheit fand, verschob sich der Fokus der Anti-AKW-Bewegung von den geplanten zu den bestehenden Kernkraftwerken. Nach 1991 verlor einerseits die Atomfrage – auch infolge der obsolet gewordenen Drohkulisse eines «heissen», atomaren Krieges – an gesellschaftlicher Relevanz. Andererseits hatte sich die Anti-AKW-Bewegung teilweise in die 1987 gegründete Grüne Partei Schweiz integriert und in ihr organisiert.

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem 156. Neujahrsblatt, herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons St.Gallen. Es erscheint im August und widmet sich in Beiträgen zahlreicher Autorinnen und Autoren den Neuen sozialen Bewegungen in der Ostschweiz seit 1968. Die Themen reichen von der Aktion Rotes Herz, den Roten Steinen oder dem Roten Gallus über die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, die HASG, AJZ und Ökozentrum, Antipartheid- und Asylinitiativen bis zum Widerstand gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen und Protestbewegungen in Rorschach, Wil und im Linthgebiet. Redaktorin des thematischen Schwerpunkts ist Marina Widmer vom Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte.

Ob es nun der unverhältnismässige Polizeieinsatz gegen AKW-GegnerInnen in Bad Ragaz im Juni 1986 war, die wiederholten Ungültigkeitserklärungen von kantonalen und städtischen Anti-Atominitiativen oder das NOK-Verwaltungsratsmandat des St.Galler Regierungsrats Willi Geiger (FDP): Durch das Vorgehen der politischen Behörden schien sich die düstere Vision eines autokratischen «Atomstaates» (Robert Jungk) zu bewahrheiten. Die Debatte um die Kernenergie vollzog sich massgeblich im Spannungsfeld von Demokratie und Überwachungsstaat. Der Konflikt zwischen basisdemokratischer Bewegung und politischem Establishment entbrannte insbesondere auch in der SP, die bis in die 1980er-Jahre in der Atomfrage gespalten war – am Parteitag der SP St.Gallen sprachen sich die Delegierten mehrheitlich für die Unterstützung der Initiative «Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» aus, während die St.Galler SP-Nationalräte im Parlament dagegen gestimmt hatten.

Der GAU wird Realität

Gut einen Monat nachdem das Schweizer Stimmvolk die Atomschutz-Initiative nur knapp verworfen hatte, ereignete sich im März 1979 im amerikanischen KKW Three Mile Island (Harrisburg) eine partielle Kernschmelze. Die Hollywood-Produktionen *Das China-Syndrom* (1979) und *Silkwood* (1983), welche die Aufdeckung von vertuschten Unfällen in Kernkraftwerken thematisierten, visualisierten publikumswirksam die Gefahren der zivilen Kernenergienutzung.

Am 26. April 1986 trat im sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl dann «der grosse Unfall ein, der sich laut Atomindustrie nicht ereignen kann» und vor dem die AKW-Gegnerinnen und -Gegner schon jahrelang gewarnt hatten. Der Super-GAU (grösster anzunehmender Unfall) in der Sowjetunion «reaktivierte» die Anti-AKW-Bewegung und mobilisierte darüber hinaus breitere Bevölkerungsschichten. Tschernobyl strahlte, im wörtlichsten Sinne, bis in den Alltag der Ostschweiz aus: In der Bevölkerung herrschte Verunsicherung; die Behörden versuchten zu beschwichtigen. Als die AKW-GegnerInnen an einem Marktstand unverstrahltes Gemüse (Karotten) anboten, wurde die Aktion innert einer Viertelstunde von der Polizei beendet, wie sich Hansueli Stettler erinnert. Knapp 1500 Personen nahmen am 24. Mai an der «Protestkundgebung gegen Tschernobyl» teil und forderten den vollständigen Atom-Aus-